

## Presseinformation

# Verbesserungswürdige Energiepolitik der Bundesregierung

In Berlin wurden gestern erstmals die neuen Energiegesetze der Bundesregierung in den Deutschen Bundestag eingebracht. Die Klima-Allianz erklärte auf ihrem gestrigen Plenum dazu:

„Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, sich vor der Laufzeitverlängerung zu verabschieden und klare Enddaten für die einzelnen Atomreaktoren in den Gesetzestext zu schreiben. Dieser Schritt ist längst überfällig und es ist traurig, dass es erst einer erneuten – übrigens noch immer andauernden – Reaktorkatastrophe bedurfte, um die Bundesregierung zum Ausstieg aus dieser unverantwortlichen Hochrisikotechnologie zu bewegen“, erklärte Cornelia Ziehm (DUH) als eine der Sprecherinnen der Klima-Allianz.

Ebenso forderte die Klima-Allianz die Bundesregierung auf, die Möglichkeiten für eine klimafreundliche Energieversorgung nun nicht mit neuen Kohlekraftwerken zu verspielen. Energierferentin Mona Bricke meinte dazu, dass eine komplette Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien bis 2050 möglich sei, wenn die Energiewirtschaft jetzt klare politische Rahmenbedingungen bekomme. Bricke forderte, dass in Ergänzung zu den Erneuerbaren nur noch hocheffiziente Gas- und Dampfkraftwerke in Verbindung mit Kraft-Wärme-Kopplung neu gebaut werden dürfen.

Des Weiteren warnte die Klima-Allianz eindringlich davor, die Finanzierung der nationalen Energiewende durch die Streichung der Mittel zu stemmen, die ursprünglich für Klimaschutz in Entwicklungsländern angedacht waren. „Deutschland verliert seine Glaubwürdigkeit und steht gegenüber den Entwicklungsländern mit leeren Händen dar, wenn wir jetzt die Energiewende auf Kosten der Armen finanzieren. 30 Prozent der Mittel im neuen Klimafonds müssen der internationale Klimafinanzierung vorbehalten bleiben“, sagte Thomas Hirsch, Klimaexperte von „Brot für die Welt“, als ein Sprecher der Klima-Allianz.

„Stattdessen muss die Bundesregierung umweltschädliche Subventionen abbauen“, forderte Damian Ludwig, Geschäftsführer FÖS sowie Mitglied im Sprecherrat der Klima-Allianz. Auf diesem Weg könnten die staatlichen Mehrkosten der angestrebten Energiewende mehr als gegenfinanziert werden. Gleichzeitig könnten zudem bestehende Hemmnisse für mehr Energieeffizienz abgebaut werden. Eine Abschmelzung des Dienst- und Firmenwagenprivilegs würde allein Ersparnisse von bis zu 4,6 Milliarden Euro und CO<sub>2</sub>-Einsparungen von bis zu 5,7 Millionen Tonnen im Jahr ermöglichen.

Die Gebäudesanierung stellt eine zentrale Chance für die Energiewende dar. Tobias Krug, Energieeffizienz-Experte der WWF Deutschland, sagte als ein Sprecher der Klima-Allianz dazu, dass die Herausforderung einer flächendeckenden und sozial verträglichen energetischen Modernisierung der Gebäude nur auf Basis einer konsistenten und langfristig angelegten Umsetzungsstrategie zu schaffen sei. In einem Positionspapier, das unter [www.klima-allianz.de](http://www.klima-allianz.de)

## Presseinformation

online abrufbar ist, hat die Klima-Allianz wichtige Eckpunkte für einen solchen „Sanierungsfahrplan“ zusammengestellt.

Indes befürchte Herman Albers vom Bundesverband Windenergie, dass der Ausbau der Windenergie an Land um die Hälfte zurück gehen wird. Und Helmut Lamp, vormaliger CDU-Bundesabgeordneter, vom Bundesverband Bioenergie, mahnte, dass in eineinhalb Jahren die Bioenergie-Branche nicht wieder zu erkennen sei, sollte das Erneuerbare-Energien-Gesetz so verabschiedet werden.

*Bei Fragen und für weitere Informationen wenden Sie sich bitte:*

Evelyn Villing - Fachgruppe Öffentlichkeitsarbeit - Tel. 089-89 45 78 33  
mobil: 0160-5 31 02 49 - Email: [evelyn.villing@energiewende-sta.de](mailto:evelyn.villing@energiewende-sta.de) oder

Hans Wilhelm Knappe - 1. Vereins-Vorsitzender - Tel. 089-87 78 84 41  
Email: [hw.knappe@energiewende-sta.de](mailto:hw.knappe@energiewende-sta.de)